

Die vorliegende Dissertation geht das ungeklärte Problem der Verwertungsverbote und ihrer Fernwirkung von neuartiger Seite an: Sie fragt nach der Grundrechtsrelevanz von Beweiserhebungen, der Bedeutung der gesetzlichen Grundlage und der staatlichen Pflicht zur Wiederherstellung des früheren Zustands nach einer Grundrechtsverletzung. Die vorgeschlagene Lösung bringt Verfassungsrecht und Strafprozessrecht in Einklang und verdeutlicht den zentralen Wert der Justizförmigkeit im Strafverfahren. Die herrschende Abwägungslehre wird abgelehnt. Die Arbeit analysiert die deutsche und schweizerische Literatur, setzt sich mit der Rechtsprechung des Bundesgerichts und des EGMR auseinander und untersucht die relevanten Normen in der schweizerischen StPO. Der Fokus liegt dabei auf der Kategorie der in der Praxis äusserst wichtigen Zwangsmassnahmen.